

Jetzt oder nie – oder zurück auf Feld 1 mit der Rentenreform

MEILEN Im Vorfeld der Abstimmung über die Rentenreform am 24. September gehen die Meinungen stark auseinander. Die Vorlage lieferte auch an einem Podium in Meilen reichlich Gesprächsstoff.

Die Rentenreform sieht die Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule vor. Damit niemand weniger Rente bekommt, werden im Gegenzug die AHV-Renten für Neubezüger pro Monat um 70 Franken erhöht.

Über diese Eckpfeiler debattierte am Dienstagabend im Jürg-Wille-Saal des Gasthofs Löwen unter der Leitung des Fernsehjournalisten Reto Brennwald ein Podium, in welchem die Frauen in der Mehrheit waren. Für ein Ja setzten sich die Männedörfler Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (CVP) und ihre Zürcher Ratskollegin Min Li Marti (SP)

ein. Die Aargauer Nationalrätin Sylvia Flückiger (SVP) sekundierte im Lager der Gegner Nationalrat Hans-Ulrich Bigler (FDP), Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, aus Affoltern am Albis.

Flückiger akzeptiert als engagierte KMU-Frau, dass Frauen bis 65 Jahre arbeiten sollen. «Ich bin bereit, damit einen wertvollen Beitrag zur Sicherung der AHV zu leisten.» Sie toleriert jedoch nicht, «dass diese grossartige Leistung von uns Frauen gleich wieder verpufft, indem die AHV ausgebaut wird». 70 Franken im Giesskannenprinzip würden gleich wieder für Neurentner ausgegeben. Barbara Schmid-Federer konterte: «Die

höhere AHV-Rente ist besonders wichtig für Frauen mit tiefen Einkommen.»

Sie warnte, dass es bei einem Scheitern der Vorlage für alle Beteiligten viel teurer werde. Der AHV-Fonds würde schnell defizitär, später müsste ein Milliardenloch gestopft werden. «Am teuersten kommt ein Nein zur Rentenreform zu stehen.»

Babyboomer und Pillenklick

Löcher, die gestopft werden müssten, führte allerdings auch Bigler ins Feld: «Wird dieser Reform zugestimmt, fehlen ab 2030 bereits eine Milliarde Franken in der AHV und ab 2035 rund sieben Milliarden Franken.» Zudem drohe eine Zweiklassen-AHV, weil heutige Rentner über die Mehrwertsteuer mehr bezahlen, aber leer ausgehen sollen. «Es ist eine teure Scheinreform, die die Altersvorsorge nicht nachhaltig

saniert.» Schwarz sieht er insbesondere für die heutige junge Generation: «Die Reform stellt den künftigen Rentnern einen ungedeckten Check aus.»

Bigler sprach auch die immer älter werdende Bevölkerung an, was zu immer mehr Rentnern führe, gerade weil nun die geburtenreichen Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre in Pension gehen oder es bald zu tun gedenken. Li Marti sieht die Zunahme des Anteils älterer Menschen jedoch nicht so eng. «Auf die Generationen der Babyboomer werden jene des Pillenklicks folgen, was wieder zu einer Abnahme der Bevölkerung führt.» Überhaupt sei es müssig, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Gesellschaft in 20 Jahren aussehen werde.

«Jetzt oder nie muss die Reform durchkommen», sagte Li Marti weiter. Die SP habe sich mit

der vorgesehenen Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre kompromissbereit gezeigt. «Eine mehrheitsfähige Lösung liegt auf dem Tisch, die unsere Sozialwerke sichert.»

Engagierte Fragerunde

Im Lager der Gegner war man sich hingegen einig, die geplante Rentenreform sei überhaupt nicht so ausgereift, wie sie verkauft werde. Die Vorlage habe zahlreiche Schwachstellen, und man müsse nochmals über die Bücher. Dem von der Meilemer SVP organisierten Podium wohnten nicht allzu viele Zuhörerinnen und Zuhörer bei.

Der nochmals milde Sommerabend lockte die Leute eher nach draussen. Umso engagierter verlief die Fragerunde, in der sich das Publikum mit zahlreichen Voten für ein Ja und für ein Nein einsetzte. *Ueli Zoss*

Ermittlungen laufen

RELIGION Am Dienstagmorgen waren rund um den Zürichsee Postkarten verteilt worden, die vor einer drohenden Islamisierung warnen. Als Absender wurde ein sogenannter «Islamischer Zentralrat» genannt. Die Kantonspolizeien St. Gallen, Zürich und Schwyz versuchen nun, herauszufinden, wer dahinter steckt. Noch haben sie keine neuen Erkenntnisse, wie sie gestern auf Anfrage erklärten. «Wir sind auch auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen», sagt Hanspeter Krüsi, Sprecher der Kantonspolizei St. Gallen.

In Onlinekommentaren wurde spekuliert, die Junge SVP könne hinter der Aktion stecken. Benjamin Fischer, Präsident der Jungen SVP Schweiz dementiert jedoch eine Beteiligung seiner Partei. Bereits kurz nach Auftauchen der Karten wurde über eine Nähe zu SVP-Kreisen spekuliert. Wie Recherchen der ZSZ ergeben haben, sind alle Elemente der Postkarten aus dem Internet zusammengesucht. *otm*

Bachprojekt wird konkret

ZUMIKON Der Isenbühlbach fliesst durchs Zumiker Gemeindegebiet und mündet südlich der Schützenhäuser in den Rietbach. Im Bereich der Landwirtschaftsflächen ist ein grosser Teil unterirdisch eingedolt. Die Eindolung ist laut einer Mitteilung des Zumiker Gemeinderats in einem sehr schlechten Zustand und teilweise undicht.

Abklärungen mit dem Kanton haben ergeben, dass eine Reparatur der Eindolung nicht erlaubt wird. So hat der Gemeinderat die Ausdolung des Isenbühlbachs beschlossen. Inzwischen konnte das Projekt mit einer Landschaftsarchitekturfirma konkretisiert werden, und die Bauarbeiten konnten vergeben werden, wie der Gemeinderat schreibt. Die Kosten betragen 320 000 Franken. Daran beteiligt sich der Kanton mit 20 und der Bund mit 35 Prozent, die Kosten für die Gemeinde belaufen sich somit auf knapp die Hälfte des Gesamtbetrags. *red*

Stau auf dem Seedamm

RAPPERSWIL-JONA Wegen einer Auffahrkollision kam es auf dem Seedamm am Dienstagabend zu einem Stau. Ein Lieferwagen war um 16.30 Uhr Richtung Rapperswil auf das hinterste Fahrzeug der bremsenden Kolonne aufgefahren. Dieses stiess wegen der Wucht der Kollision zusätzlich gegen einen weiteren Lieferwagen. Es entstand Sachschaden in der Höhe von insgesamt rund 25 000 Franken. Verletzt wurde bei dem Unfall niemand. *mst*



Über die AHV-Abstimmung diskutierten in Meilen (von links) Min Li Marti, Barbara Schmid-Federer, Reto Brennwald (Gesprächsleitung), Sylvia Flückiger und Hans-Ulrich Bigler.

Michael Tröst

E-MAIL AN DIE ZSZ

Hinweise und Texte für die Redaktion können an die Adresse redaktion.meilen@zsz.ch gemailt werden. *red*

Petition gegen Hornverbot findet grosse Resonanz

ZÜRICHSEE Innerhalb von wenigen Stunden haben über 1000 Personen die Online-Petition gegen das Hornverbot der Zürichseeschiffe unterschrieben. Den Initianten erstaunt die Entwicklung. Er will der Bevölkerung die Gelegenheit geben, mitzureden.

Das ging schnell. Noch am Dienstagabend hatten deutlich weniger als 100 Personen das Anliegen «Schiff-Hornen erlauben: zur Sicherheit auf dem Zürichsee» unterstützt. Gestern Abend waren es schon weit über 1200. Ein Grund für den raschen Anstieg dürfte auch die einsetzende Berichterstattung der Medien sein. Nach dem ersten Artikel in der ZSZ erschienen auch Berichte auf den Websites von «Blick» und «20 Minuten».

Den Stäfer Andreas Waber, der die Petition für den Hornton

der Schiffe lanciert hat, freut diese Entwicklung. «Ich habe das zwar gehofft. Das Tempo in den letzten zwölf Stunden erstaunt mich aber», sagt Waber auf Anfrage. Gestartet habe er die Petition, «um herauszufinden, wie viele Menschen um den Zürichsee gegen diesen Entscheid des Bundesamts für Verkehr (BAV) sind». Dies, nachdem viel über das Thema geschrieben und gepostet worden sei. Eine Online-Petition sei schnell und transparent, darum habe er diesen Weg gewählt, sagt Waber.

Doch was erhofft sich der Initiator von seiner Petition? Er könne nicht sagen, wie viele Unterstützer er zu finden hoffe. Ein Ziel hat sich Waber nicht gesetzt. Ob er tatsächlich bis zu Bundespräsidentin Doris Leuthard (CVP) durchdringt, ist für Waber offen. «Wenn sie das Ganze als Dialog mit den Bürgern sieht, dann rechne ich mit einer Antwort», sagt er.

In die Sahara gewünscht

In den Kommentarspalten der Onlineplattformen gehen die Wogen wieder hoch. Der verantwortliche Anwohner wird wahlweise in die Sahara oder in die Berge gewünscht. Die meisten finden, dass das Hornen bei den Schiffen dazugehört. Viele regen sich darüber auf, dass ein Einzel-

ner ein Verbot durchsetzen kann. Es gibt aber auch Kommentierende, die den Anwohner in Schutz nehmen. Das Gesetz sei schliesslich klar, meint ein Leser auf «20 Minuten». Ein anderer will gleich auch noch das Läuten der Kirchenglocken abschaffen.

Hintergrund der Kontroverse am Zürichsee ist ein Entscheid des BAV, das die Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft (ZSG) darauf aufmerksam machte, dass das Gesetz ein kurzes Hornen beim An- und Ablegen nicht erlaube. Das BAV angerufen hatte ein Mann, der in Stäfa seinen Zweitwohnsitz hat. Erlaubt bleibt ein viersekündiges Warnsignal, wenn sich Schwimmer oder Boote im Weg befinden. *Pascal Jäggi*

ANZEIGE

AHV-Scheinreform 2x NEIN

«Nein zu höherer Belastung der KMU.»

Werner Scherrer, Präsident Kantonaler Gewerbeverband Zürich
www.generationenallianz.ch
c/o FDP Kt. ZH, Kreuzstrasse 82, 8032 Zürich

ANZEIGE

Keller Treppenbau AG
5405 Baden-Dättwil
Tel. 056 619 13 00
3322 Schönbühl
Tel. 031 858 10 10
www.keller-treppen.ch